Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 21 (1995)

Heft: 1

Buchbesprechung: Buchbesprechungen = Recensions critiques = Book reviews

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BUCHBESPRECHUNGEN / RECENSIONS CRITIQUES BOOK REVIEWS

Die Auswahl der Bücher zur Rezension behalten sich die Redaktion und die beiden für diese Rubrik Verantwortlichen vor. Unverlangt eingesandte Buchbesprechungen werden nicht veröffentlicht.

Le choix des livres qui font l'objet d'une recension critique est effectué par la rédaction et par les deux responsables de cette rubrique. Les recensions non sollicitées ne sont pas publiées.

Books to be reviewed are selected by the Editor and the two Book Review Editors. Unsolicited reviews are not published.

Wolf Linder, *Swiss Democracy. Possible Solutions to Conflict in Multicultural Societies.* St. Martin's Press, New York 1994.

„You are from Switzerland – up there between Norway and Finland?" – „Est-ce que vos femmes ont enfin le droit de vote?" Solche Reaktionen mag schon manche(r) von uns nach der Mitteilung gehört haben, aus der Schweiz zu kommen. Die Schweiz und ihr politisches System als konkrete Realität im Ausland erklären zu wollen, ist wohl eine der häufigsten (und vielleicht für einen selber überraschendsten) Erfahrungen, die auch noch so kritische Sozialwissenschafter auf Reisen machen. So ist vielleicht auch die Motivation zu diesem Buch entstanden. Titel, Sprache, Verlag signalisieren es gleich zu Beginn: Adressaten sind Leser im Ausland. Auch Schreibstil und Aufmachung zeigen, dass hier geneigten Lesern die Entdekkung einer Terra Inkognita leicht gemacht werden soll. Lohnt es sich für Einheimische, Zeit für ein Buch einzusetzen, das stark nach einer neu aufgelegten Institutionenlehre der Schweizer Politik aussieht? Die Antwort lautet eindeutig ja.

Der Aufbau des Buches stellt die Darstellung in eine umfassende, im echten Sinn politische Perspektive: als zentrales Thema des schweizerischen nation-building im 19. und 20. Jahrhundert wird *politische Integration soziokultureller Heterogenität* herausgestellt; die Argumentation organisiert sich auf die Fragen hin, welche institutionellen Arrangements die langfristig stabile Lösung dieses Systemproblems ermöglichten und wie sie sich entwickelt haben. Drei zentrale Aspekte der schweizerischen Variante der westlichen Demokratie werden dabei diskutiert: Föderalismus, direkte Demokratie und die immer weiter gehende Anwendung des Prinzips proportionaler Vertretung. Sie alle sind institutionelle Festschreibungen der Aufteilung politischer Macht auf separate, sich gegenseitig kontrollierende Instanzen – zwischen Zentralstaat und Teilstaaten, zwischen Politikern und Bürgern und zwischen verschiedenen Interessengruppen. Hinzu kommt als weiteres analytisches Element die politische Kultur mit ihren eigenen, langsamen Veränderungsrhythmen. Grob mag auch gleich die wichtigste Schlussfolgerung zusammengefasst sein: die Grundklammer, welche die historisch-kulturelle Vielfalt der Schweiz zusammenhält, ist nach Linder die im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien einmalige Konsequenz der Machtteilung, verbunden mit kulturellem Pluralismus, welche zusammen eine Situation schaffen, die etablierten Minoritäten weit gehende Chancen auf Interessenberücksichtigung geben. Das Geheimnis der multikulturellen Schweiz – um es mit dem Begriff zu formulieren, auf den Linder es bringt – liegt in ihrem politischen System, das Entscheidungen nach dem Prinzip „winner takes all" unmöglich macht.

Zur Begründung dieser Diagnose entwickelt der Autor seine Argumentation in vier Kapiteln. Das erste zeichnet in kurzen

Abschnitten die *Staatskonstruktion nach dem Fall des Ancien Régime* nach und analysiert – oft etwas kurz – die Rolle wirtschaftlicher, kultureller, innen- und aussenpolitischer Faktoren. Bereits hier steht die politische Integration der drei wichtigsten Minoritätsgruppen im Zentrum des Interesses, jene der katholischen Kantone, der nicht Deutsch sprechenden Kantone und der sich allmählich formierenden Arbeiterschaft (namentlich in Form der Sozialdemokratischen Partei). Den Höhepunkt ihrer politischen Integration hat die Schweiz nach Linder im 20. Jahrhundert, zu Beginn der siebziger Jahre erreicht. Seither mehren sich die Proteste anderer „Minoritäten", die das politische System lange oder immer noch draussen, vor den Toren der Macht hält. In einem allerdings sehr kurzen Unterkapitel über die Grenzen (und neuen Herausforderungen) des schweizerischen Pluralismus werden als Beispiele genannt: Jenische (hier verständlich, aber falsch „gypsies" genannt), jüdische Flüchtlinge im Zweiten Weltkrieg, Psychiatriepatienten, Strafgefangene, Frauen und Ausländer. In diesem Zusammenhang scheint eine diskutierenswerte Hypothese auf, die aber nicht weiterverfolgt wird: die schweizerische Gesellschaft könnte – wohl gerade durch die diskutierten Integrationsleistungen – inzwischen so homogen geworden sein, dass die Integration bisher marginal gehaltener Bevölkerungsteile heute grössere Widerstände weckt als früher.

Das zweite Kapitel analysiert im Detail das Funktionieren der helvetischen Variante des *Föderalismus,* hauptsächlich auf Bundesebene, aber mit informativen Seitenblicken auf die Ebenen der Kantone und Gemeinden, mit der für sie typischen grossen Bedeutung des Milizsystems, das hier etwas grossspurig „citizens' self-administration" heisst. Innovativ ist die Einbeziehung kleiner Fallstudien, welche die Praxis des Föderalismus veranschaulichen, vor allem die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Auch dieses Kapitel wird durch Abschnitte über Begrenzungen und Herausforderungen des Föderalismus abgeschlossen. Grenzen werden an zwei Beispielen illustriert, bei denen die kantonale Entscheidungskompetenz zu Rechtsungleichheiten führt: der kantonal sehr unterschiedlich gehandhabte Vollzug der Lex Furgler und die Tatsache, dass selbst nach Annahme der politischen Gleichberechtigung der Frauen in eidgenössischen Fragen dieselben Rechte auf kantonaler Ebene in einzelnen Fällen noch jahrelang vorenthalten blieben. Als Herausforderungen an die föderale Praxis werden drei Probleme dargestellt, die besonders in jüngerer Zeit aktuell geworden sind: die grossen Unterschiede des Gewichts einer persönlichen Stimme zwischen grossen und kleinen Kantonen bei Abstimmungen mit nötigem doppeltem Mehr, die Vernachlässigung der Städte als politische Akteure, und der Widerspruch zwischen den mehrheitlich dezentralistischen Optionen, welche schweizerische Regierungen und noch stärker der schweizerische Souverän in den letzten Jahren gewählt haben, und der Unmöglichkeit, grossräumige Probleme wie jene der Umwelt, des Alpentransfers oder der weltweiten Marktvernetzung als isolierter Kleinstaat anzugehen. Der interne Kantonsföderalismus scheint gegenwärtig mit ein Hindernis dafür zu sein, dass sich die Schweiz am Aufbau eines externen, europaweiten Staatenföderalismus beteiligt.

Das dritte Kapitel gilt der Machtteilung durch die Institute der *direkten Demokratie.* Auch hier profitiert das Buch unmittelbar vom aktuellen Forschungsstand, namentlich im Bereich des Abstimmungsverhaltens. So wird etwa der immer wieder bestätigte Zusammenhang zwischen politischer Partizipation und Schichtlage erörtert, der auf ein Repräsentationsdefizit der sozial benachteiligten Bevölkerungsteile hinweist. Treffend hält Linder fest, nicht ein allgemein niedriges Beteiligungsniveau an sich sei demokratietheoretisch fragwürdig, sondern geringe Beteiligung, falls sie ausserdem in diesem Sinn ungleich ist. Neben einem ausführlicheren Ausflug ins Feld der Faktoren, die konkretes Abstimmungsverhalten bestimmen, liefert die Rolle der Volksrechte für die Polarität „politische Innovation kontra Konservation" Stoff für eingehende

Erörterungen. Die vielfach kritisierten Volksrechte werden hier auch in ihren innovativen Aspekten gewürdigt. Es ist der effektiven oder drohenden Verwendung des Referendums zu verdanken, dass zuerst die Katholiken, später die Sozialdemokraten in die Regierungskoalition aufgenommen und dass in den Gesetzgebungsprozess Vernehmlassungsverfahren eingebaut wurden – anders als die Initiative zwingt das Referendum zur Kooperation und zur Suche nach Kompromissen. In einem wiederum knappen Unterkapitel unterstreicht Linder, dass die in der Bevölkerung stark verankerte direkt-demokratische politische Kultur der Schweiz insofern eine Subkultur geblieben ist, als sie im Vergleich zu anderen westlichen Ländern besonders wenig auf andere institutionelle Sektoren abgefärbt hat, namentlich auf die Wirtschaft (keine Mitbestimmung) und die Schule (keine Chancengleichheit).

Von besonderem Interesse, gerade auch für Schweizer, ist das vierte Kapitel, das die Themen der direkten Demokratie, des Föderalismus und des Grundsatzes der Machtteilung in eine *vergleichende Perspektive* stellt. Zur direkten Demokratie liefert die Diskussion einer Studie von Cronin über die diesbezüglichen Erfahrungen in den USA die zentralen Elemente; sie dient dazu, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden eng miteinander verwandten politischen Systeme herauszuarbeiten. Ähnliche Vergleiche gelten verschiedenen Formen des Föderalismus (Duchacek, Elazar) und münden in eine durchaus aktuelle, aber nur kursorische Erwähnung des Modells eines nicht-territorial definierten Föderalismus, der Pluralismus auf einem gemeinsamen Territorium ermöglicht. Die abschliessenden Bemerkungen des Buches gelten der Gegenüberstellung von Mehrheits- und Konsensdemokratie und argumentieren dafür, dass die letztere, kombiniert mit einer ausgesprochen pluralistischen Doktrin, einer multikulturellen Gesellschaft angemessener ist. Zu Recht unterstreicht hier Linder unter anderem, dass die Etablierung eines solchen Systems, besonders das Selbstverständlichwerden pluralistischer Praktiken, viel Zeit braucht und durch hegemonialen Machtgebrauch entscheidend gefährdet werden kann.

Das Buch endet mit einer doppelten Ambivalenz. Ein roter Faden, der immer wieder auftaucht, ist die Idee der Integration heterogener Teilsysteme durch institutionelle Machtdezentralisierung und die aus ihr resultierende Notwendigkeit von Kompromiss und Kooperation. Angesichts der jüngsten Abstimmungsresultate stellt sich dem Autor erneut die alte Frage, ob dieses System die Fähigkeit haben wird, produktiv auf veränderte Randbedingungen seines bisherigen Funktionierens zu reagieren. Auch in bezug auf die Übertragbarkeit des schweizerischen Systems auf andere multikulturelle Kontexte scheint sich, trotz wiederholter positiver Grundtöne im Verlauf der Darstellung, am Schluss wieder Skepsis einzustellen. Das kann gute helvetische Zurückhaltung sein; der halbseitige Abschnitt, in dem diese Frage angeschnitten wird, lässt aber den hier schreibenden Leser mit ungestilltem Appetit zurück.

Aus soziologischer Sicht – welche der Autor wohlgemerkt nicht für sich in Anspruch nimmt – drängen sich einige weitere kritische Bemerkungen auf. Seiner offensichtlichen Zielsetzung entsprechend zitiert das Buch wenig analytische Referenzen, und diese sind vorwiegend demokratietheoretischer und teils normativer Art. Implizit scheint oft eine funktionalistische Grundkonzeption vorzuherrschen, gemäss derer bestehende Institutionen und ihre Entwicklung oder Aufrechterhaltung nicht als Resultante von Machtverhältnissen verstanden werden, sondern teleologisch in Hinblick auf die Funktionen, die sie zu erfüllen haben. Mächtige Akteurgruppen werden kaum je benannt oder zumindest qualifiziert, sondern bleiben hinter allgemeinen Begriffen verborgen (etwa „democratic forces", S. 88 oder „the Swiss", S. 89). Auch die durchgehende Betonung von Integration als wichtiger Systemleistung deutet in diese Richtung. Politische Kultur wird zwar als zentrales Element einer real funktionie-

renden Demokratie reklamiert, erhält aber nicht dieselbe analytische Aufmerksamkeit wie die konstitutionellen Aspekte. Zweifellos zutreffend wird etwa gesagt, gemeinsame Symbole und auch das Bewusstsein, sich gemeinsam von anderen Nationen zu unterscheiden, spielten für den Aufbau der kollektiven Identität eine wichtige Rolle (S. 17). In diesem Zusammenhang wären interessante Fragen zur gesellschaftlichen Konstruktion dieser Identität zu stellen – sie hat sich offensichtlich nicht einfach urwüchsig herausgebildet, sondern wurde zielstrebig und zeitlich, und wohl auch sozial lokalisierbar, produziert. Insgesamt entsteht so gelegentlich doch ein zu positiver Bias, der trotz meist ausgewogener Erörterung empirischer Befunde und theoretischer Argumente und gelegentlichen kritischen Anmerkungen einen leicht propagandistischen Ton ins Spiel bringt – der am Schluss, wenig verständlich, ohne wirkliche Argumentation mit der Bemerkung wieder zurückgenommen wird, so einfach übertragbar sei das Schweizer Modell natürlich nicht.

Doch diese Kritik ändert nichts an den Verdiensten von „Swiss Democracy". Im Rückblick überwiegt der Eindruck einer gut organisierten, stark argumentierten und solide belegten Darstellung. Der Nachfolger Erich Gruners an der Universität Bern ist nicht der erste, der Struktur und Funktionieren des schweizerischen politischen Systems Ausländern erklären will. Aber sein kleines Werk steht unter einer besonders günstigen Dreierkonstellation. Es vereint *wissenschaftliche Grundlagen,* die mittlerweile durch viele systematische Untersuchungen über die schweizerische Demokratie zur Verfügung stehen, eine *persönliche Kompetenz* des Autors im Umgang mit der klassischen Ambivalenz der politischen Wissenschaft zwischen Analyse und Praxisbezug, und schliesslich ein *Problembewusstsein,* das angesichts der gegenwärtigen Situation bisherige politische Selbstverständlichkeiten kritisch zur Diskussion stellt. Reine Analytiker werden das Buch als zu affirmativ und undistanziert empfinden, reine Politiker als zu theoretisch. Linder hat gerade auch im dynamischen Ausgleich zwischen diesen beiden Polen ein durchaus helvetisches Buch geschrieben. Es ist in erster Linie an Nichtschweizer gerichtet; seine Lektüre ist Schweizern, ob Analytiker oder Politiker, ebenso sehr zu empfehlen.

René Levy, Universität Lausanne

Roger Sue, *Temps et ordre social,* Paris, P. U. F., 1994.

La question au centre du propos de Sue est d'une grande actualité, puisqu'il s'intéresse à l'émergence d'un nouvel ordre social, susceptible de prendre le relais de l'ordre antérieur dominé par le temps de travail. Pour R. Sue, il y aurait un décalage entre une société qui serait en train de connaître une mutation fondamentale (l'émergence du temps libre comme temps dominant) et son système de représentation encore braqué sur l'ordre antérieur et, par là même, incapable d'imaginer des solutions à la crise qu'elle connaît.

Dans ses «fragments d'un nouvel ordre social» il plaide pour que l'on prenne en compte le renforcement inéluctable de la logique capitaliste qui va vers l'accroissement de la productivité et la diminution de la masse salariale, et, partant, pour que l'on instaure un «revenu individuel» indépendant du travail presté. L'auteur retrouve ici, au nom d'un certain réalisme socio-économique (et non plus au nom de la justice sociale), les thèses et réflexions qui gravitent autour de l'allocation universelle. On peut regretter que ces «fragments», qui constituent en quelque sorte l'envoi du livre, retrouvent finalement des thèses connues, à la frontière de l'économie et de la philosophie et, finalement assez peu de la sociologie, et de la sociologie du temps en particulier.

Et sans doute n'est-ce pas totalement un hasard. La théorisation que nous propose l'auteur – pour classique qu'elle soit – pose

assez directement la question du pouvoir heuristique d'une telle sociologie des «temps sociaux».

Après avoir refondé le temps comme objet social (du temps «naturel» au temps «invention subjective» de Bergson puis au «temps social» avec Sorokin) l'auteur, dans une analyse assez fine, indique l'apport de l'école durkheimienne faisant du temps «la structure symbolique» de la structure sociale (Hubert). Mais l'approche durkheimienne dans son ensemble (mis à part Halbwachs) a une conception unitaire du temps liée à sa conception de la société saisie comme un tout. A cette conception totalisante, l'auteur oppose celle de Gurvitch dont la principale contribution à la sociologie du temps est d'avoir attiré l'attention sur la multiplicité et l'enchevêtrement des différentes temporalités sociales.

L'auteur reprendra cette idée de multiplicité de «temps sociaux» en tension et s'intéressera aux processus qui conduisent à la domination d'une temporalité sociale à une époque donnée. Il construira même un certain phasage qui voit pour chaque grande période l'émergence puis la disparition du temps dominant. Ainsi, d'après l'auteur, est-on passé au cours des siècles, de la domination du temps sacré, au temps religieux, puis au temps de travail – temps de travail dont l'auteur s'attache à montrer le déclin aujourd'hui au profit du temps libre.

Ce faisant, ce que l'auteur entend par «temps sociaux» est sensiblement différent de ce qu'entendait Gurvitch. Chez ce dernier, les différents temps sociaux décrivent différents systèmes de relations. Dans la perspective de Sue, par contre, les temps sociaux correspondent à différents «grands blocs de temps (temps sociaux) correspondant aux catégories dominantes d'activités sociales qu'une société individualise en fonction de son système de valeurs» (p. 55).

Son objet ainsi défini, l'on ne saisit plus toujours l'apport spécifique d'une telle sociologie des temps sociaux par rapport aux sociologies classiques qui se sont intéressées à ces «catégories dominantes d'activité sociale». Ainsi, les questions posées par l'auteur au départ de la sociologie des temps sociaux (le déclin du temps de travail comme temps dominant) sont-elles de nature bien différente de celles qu'on pose au départ de la sociologie du travail (le déclin de la valeur travail comme valeur dominante) ? La sociologie du temps ainsi comprise, fait-elle voir d'autres choses, fait-elle émerger de nouvelles questions et de nouvelles compréhensions ?

S'il faut conserver un pouvoir heuristique spécifique à la sociologie du temps – et je pense qu'il y a lieu de le faire –, c'est probablement en redonnant au temps lui-même une consistance sociologique ou socio-anthropologique, que ce soit comme système d'échange, comme système symbolique voire comme mythe, ou encore comme tiers abstrait régulateur des échanges sociaux, pour ne citer que ces trois orientations de recherche.

Ces voies sont ébauchées en début d'ouvrage dans des formules parfois très stimulantes : «nos sociétés ont autant besoin de l'avenir pour survivre que les sociétés primitives avaient besoin du passé pour se donner sens et penser leur identité» (p. 16); ou encore : «le temps est la puissance tutélaire de la société moderne, grand ordonnateur du développement, Deus ex machina par lequel tout advient» (p. 17). On peut regretter que l'auteur ne les ait pas investiguées davantage.

Anne Wallemacq, Facultés Universitaires, N.-D. de la Paix, Namur

Hermann Korte und Bernhard Schäfers, Hrsg., *Einführungskurs Soziologie*, UTB: Leske und Budrich, Opladen 1992/93, 4 Bände:
Bd 1 *Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie*, 2. Auflage 1993, 212 S.;
Bd 2 Hermann Korte, *Einführung in die Geschichte der Soziologie*, 2. Auflage 1993, 216 S.;

Bd 3 Annette Treibel, *Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart*, 1993, 271 S.;
Bd 4 *Einführung in Spezielle Soziologien*, 1993, 293 S.; je SFr 30.80.

Es ist schon einige Zeit her, seitdem ich als Student an den Universitäten von Tübingen, Berlin und Frankfurt a. M. in den 60er Jahren selber Vorlesungen zur Einführung in die Soziologie besuchte. So nahm ich diesen vierbändigen, attraktiv gedruckten „Einführungskurs Soziologie" mit besonderer Spannung zur Hand. Gibt es Entwicklungen der neueren Forschung, deren Bedeutung mir entgangen ist oder die ich sonstwie falsch eingeschätzt habe? Worin unterscheidet sich diese aktuelle Einführung von denen, die ich seinerzeit als Soziologiestudent erlebte? Fände ich auf Prüfungsfragen, die aus ihr ableitbar sind, überhaupt noch die „richtigen" Antworten? Und wie spannend wirken lehrbuchmässig aufbereitete Kernbotschaften meines einstigen Hauptstudienfaches heute auf mich – könnte ich sie Anfängerstudenten guten Gewissens als Einladung zur vertieften Beschäftigung mit der Fachwissenschaft Soziologie empfehlen?

Jeder der vier Bände enthält jeweils zwölf Lektionen, deren Stoff ungefähr demjenigen entspricht, der während zwei Doppelstunden Vorlesung und Übung vermittelbar ist. (Insbesondere H. Gukenbiehls Lektion I von Band I zum Thema „Warum Begriffe lernen?" scheint mir diese Vorgabe der Herausgeber allerdings deutlich zu unterschreiten). Die beiden Bände „Einführung in die Geschichte der Soziologie" und „Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart" sind von je einem Autor (Hermann Korte) beziehungsweise einer Autorin (Annette Treibel) verfasst worden, während die 24 Kapitel der Bände „Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie" und „Einführung in spezielle Soziologien" neun bzw. dreizehn verschiedenen Autoren und Autorinnen anvertraut wurden (darunter dem Mitherausgeber B. Schäfers vier Kapitel über die Grundbegriffe Werte, Normen und soziale Gruppe, die Rechts- und die Techniksoziologie sowie W. Zapf zwei Kapitel über Modernisierung).

Obwohl das Prinzip Autorenkollektiv auch Vorteile hat, scheinen mir alles in allem die beiden von den Einzelautoren Korte und Treibel geschriebenen Bände besser gelungen zu sein. *Hermann Korte* stellt in seinem Soziologiegeschichtsbuch gut lesbar zunächst die Vorgeschichte der Soziologie von Turgot und Condorcet (exkl. die schottische Moralphilosophie, die ältere deutsche Statistik und Gesellschaftswissenschaft des 19. Jahrhunderts) bis zu A. Comte und K. Marx dar. Es folgen drei Lektionen über die Soziologiebegründer H. Spencer, E. Durkheim, F. Tönnies, G. Simmel und M. Weber (der grosse Abwesende ist hier V. Pareto). Die zweite Hälfte des Buches, die die Geschichte der Soziologie bis zum Ende der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts fortführt, ist noch stärker deutschlandzentriert als die ersten sechs Kapitel: Lektionen VII–IX behandeln die deutsche Soziologie zwischen 1918 und 1933 (L. v. Wiese, A. Weber, K. Mannheim und H. Freyer), die Frankfurter Schule (exkl. J. Habermas) sowie N. Elias. Ein einziges, eher mageres Kapitel erwähnt auf anderthalb Seiten kurz den Beitrag der Chicagoer Schule zur Entstehung der amerikanischen Soziologie und bespricht auf den restlichen vierzehn Seiten den Strukturfunktionalismus von T. Parsons und R. Merton. Die letzten beiden Lektionen stellen erneut nur noch Entwicklungen und Autoren der deutschen Nachkriegssoziologie seit 1945 dar, von H. Schelsky, R. Dahrendorf und J. Habermas bis zu H. Marcuse, dem während der Studentenbewegung um 1968 vorübergehend so heftig diskutierten Sozialphilosophen.

Kleine Portraitfotos repräsentieren jeweils am Rande einer Seite annähernd alle Autoren, mit deren soziologisch relevanten Ideen sich Kortes Lehrbuch eingehender beschäftigt. Bloss zwei der insgesamt 23 Bildchen zeigen angelsächsische Sozialwissenschaftler, fünf solche aus dem Frankreich des 18., 19. und (mit Durkheim) des frühen 20. Jahrhunderts, die restlichen sechzehn Portraits ausschliesslich deutsche So-

ziologen und Sozialphilosophen von Hegel bis Habermas. Da das Lehrbuch nicht nur eine Einführung in die Geschichte der *deutschen* Soziologie sein möchte, ist diese andeutungsweise (S. 15) eingestandene Unausgewogenheit doch wohl eher zu bedauern. Obwohl dies andere Lehrbücher zur Geschichte der Soziologie ebenso machen, sollte Kortes Buch ausserdem eher eine Einführung in die Geschichte der soziologischen *Theorie*bildung heissen – inwieweit die Soziologie ihre Identität als autonome Fachwissenschaft vor allem, (aber keineswegs nur, s. S. 192) in den Vereinigten Staaten der Erfindung und Verbreitung *sozialempirischer Untersuchungsmethoden* verdankt, mit denen sich exemplarische Sozialenquêten eines neuen, scheinbar sozial*wissenschaftlichen* Typs durchführen liessen, wird dem Leser nicht mitgeteilt. Hinreichend genaue Darstellungen von Webers und Durkheims Beiträgen zum Wachstum dieser einen, sozialempirischen der drei Säulen Theorie, Empirie und Anwendung in der Praxis, auf denen die Soziologie ruht, fehlen ebenso wie solche der Empirieklassiker P. Lazarsfeld und S. Stouffer. Eher störend fand ich schliesslich, dass nirgendwo gesagt wird, dass grosse Teile der Lektionen II, III und IX mit den Seiten 45–61 und 64 ff. von H. Kortes Suhrkamp-Taschenbuch „Über Norbert Elias" weitgehend identisch sind.

Da es fast ganz ohne den vielgeschmähten Soziologenjargon auskommt, grösstenteils anschaulich und gut verständlich formuliert ist, überwiegen in Kortes Lehrbuch nach Ansicht des Rezensenten dennoch letztlich die Vorzüge. Ähnliches ist, wenngleich um einiges weniger eindeutig, von *Annette Treibels* Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart zu sagen. Zwar finde ich es eher unglücklich, dass die erste, einer bedeutenden Theorie gewidmete Lektion II ausgerechnet das theoretische Schwergewicht Luhmann behandelt – der bekanntlich ebenso auch äusserst beweglich und leichtfüssig, so als ob er über Alberichs oder Siegfrieds Tarnkappe verfügte, zu argumentieren pflegt. Dem Anfängerstudenten wird so zum Auftakt gleich eine der schwierigsten Theoriesprachen der Soziologie zugemutet. Sie in ihren zentralen Ideen, etwa der Vorstellung von dem je systemkonstituierend einen Kernprozess autopoietischer Systeme, allgemeinverständlich *klar* darzulegen, konnte A. Treibel so wenig gelingen wie allen anderen, die versucht haben, die Luhmann'schen Theorierätsel zu entschlüsseln. Die Autorin tat darum gut daran, ihren Lesern ein zweites Theorie-"Monstrum" (S. 154), Habermas' Theorie kommunikativen Handelns, in Lektion VIII erst vorzustellen, nachdem die Lektionen III–VII zuvor die leichter verständlichen Aspekte dieses Ansatzes, radikal kapitalismus- und patriarchatskritische Modelle sowie phänomenologische und ethnomethodologische Theorien (letztere in ausgeprägt feministischer Interpretation) diskutiert haben. (Die Seiten 116–126 über E. Husserl, A. Schütz und T. Luckmann holen dabei nach, was eigentlich wohl besser schon Kortes theoriegeschichtliches Lehrbuch hätte darbieten sollen.) Nach dem m. E. nur teilweise geglückten Versuch einer leichtfasslichen Darstellung von Habermas' Kommunikationstheorie bereiten alsdann die abschliessenden vier Lektionen über N. Elias, P. Bourdieu, A. Giddens, U. Beck und verschiedene feministische Ansätze zur „Konstitutierung der Geschlechterverhältnisse (Bilden, Hannoveraner Ansatz, Thürmer-Rohr, Hochschild)" wesentlich weniger Verstehensschwierigkeiten. Als einziger der besprochenen Soziologen geniesst N. Elias das Privileg, sowohl im Band zur Geschichte der Soziologie als auch in demjenigen A. Treibels über Gegenwartssoziologie ausführlich behandelt zu werden. Elias' Anspruch, mit seiner figurationstheoretischen Prozesssoziologie den herkömmlichen Mikro-Makro-Dualismus soziologischen Denkens überwinden zu können, kommt einigen Autoren des Lehrbuches sehr entgegen – namentlich natürlich dem ausgewiesenen Elias-Kenner H. Korte.

Können Studienanfänger an Hochschulen und Fachhochschulen, an die sich der Einführungskurs richtet, von den Ausfüh-

rungen Kortes und Treibels profitieren? Beide Bände bieten sicherlich zahlreiche Informationen und vertiefende Literaturhinweise zu den soziologischen Theorien lebender oder verstorbener Autoren, die man heute in der Fachgemeinschaft deutscher Soziologen für besonders bedenkenswert hält. Die einzelnen Ansätze werden dabei bezeichnenderweise durchwegs *personenorientiert* dargestellt. Das heisst, dass man anders als in exakteren Realwissenschaften nicht etwa das von den Argumenten bestimmter Personen *losgelöste* Aussagensystem der Theorie X als solches möglichst klar ausformuliert. Der Leser hat sich die Theorie X des *Theoretikers P* vielmehr aus einer schwer durchschaubaren Menge definitorischer und theoretischer Argumente, die P in Auseinandersetzung mit seinen Vorläufern, Kollegen oder Gegnern O, Q, R etc. publiziert hat, selber zu erschliessen. Von Kästchentexten hervorgehobene Lekkerbissen aus dieser vielfältig formbaren *Knetmasse soziologischer Begriffe und Argumente* lauten bei A. Treibel beispielsweise: „*Krise* ist nach Opp das Eintreten von etwas Unerwünschtem, ‚die nicht hinreichende Herstellung eines kollektiven Gutes' (Opp, 1978: 8), die von mindestens zwei Personen als solche empfunden wird." (S. 98) Oder: „*Geschmack*, so Bourdieus zentrale Aussage, ist nie etwas Individuelles und schon gar kein persönliches Verdienst, sondern muss *immer als etwas Gesellschaftliches* betrachtet werden." (S. 217) – Muss man das wirklich? Die Semantik und Pragmatik der Begriffe „Krise" und „Geschmack haben", die selbst der gewöhnliche Common Sense immer schon erheblich besser als der soziologische Fachverstand verstanden hat, scheinen mir hier wie anderswo doch ungleich viel mehr *sinnvolle* Betrachtungs*möglichkeiten* zu eröffnen, als sie gemäss A. Treibel spezifisch soziologische Ansätze (hier diejenigen von Opp und Bourdieu) zulassen *möchten*.

Leider verstärken die zwei von verschiedenen Autoren verfassten Bände „Einführung in Hauptbegriffe der Soziologie" und „Einführung in Spezielle Soziologien" diese Schwierigkeiten einer lebendig-belebenden Aneignung der soziologischen Fachperspektive eher, als dass sie sie reduzierten. Die meisten der qualitativ ziemlich heterogenen Beiträge sind ausgesprochen theorieorientiert, und gehen grundsätzlich davon aus, dass Praxisbezüge die „Wissenschaftlichkeit" der dargestellten Ansätze und Bindestrichsoziologien gefährden (vgl. z. B. Bd. IV, S. 276 f.). Deren Sitz im Leben wird demzufolge immerfort nur aus der beschränkten, ja zuweilen bornierten Sicht ihrer theoretischen Leitfiguren (die sich mit denen der übrigen Bände weitgehend dekken) geschildert. Fruchtbarer wäre es stattdessen wohl gewesen, dem Anfänger die Ausdifferenzierung speziell *soziologischer* Beiträge zu Problemen der industriellen Arbeitswelt, Wirtschaft und Technik, des Konsum- und Freizeitverhaltens, der Verstädterung, Verrechtlichung etc. vom Standpunkt einer schlichten, aber robusten *Deskription* des Modernisierungsprozesses aus sowohl im ganzen besser überschaubar als auch im einzelnen besser verständlich zu machen. Einlässlichere Darstellungen empirischer Studien fehlen zudem selbst im Band über spezielle Soziologien weitgehend. Die wenigen Schaubilder und Tabellen, die empirisch Ermitteltes darstellen, beziehen sich dabei grösstenteils auf elementare demographische oder sozialökonomische Tatbestände (S. 14, 16, 94, 156, 259 f.) – vertrauen Soziologiedozenten der Gültigkeit der wegweisenden, vielleicht sogar „klassischen" empirischen Studien ihres Faches so wenig?

Sicherlich hätte ein strengeres Lektorat, das die einzelnen Beiträge genauer aufeinander abgestimmt, von groben Druckfehlern (wie dem in Bd III S. 50) befreit, mit mehr Schaubildern, Illustrationen und einheitlicheren Literaturhinweisen sowie einem ausführlichen Namen- und Sachregister versehen hätte, den insgesamt zwiespältigen Eindruck, den dieses vierbändige Einführungswerk hinterlässt, um einiges aufhellen können. Andererseits muss ich zu-

geben, dass mich heute selbst amerikanische Lehrbücher der Soziologie, die formal meistens weniger Wünsche offen lassen als die einseitig theorielastigen und zu oberflächlich lektorierten Lehrbücher deutscher Sozialwissenschaftler, kaum dazu motivieren könnten, Soziologie erneut als Hauptstudienfach zu belegen. Waren *und sind* hierzu die einseitigeren, dafür aber wesentlich persönlicher profilierten Einführungsschriften von Dahrendorf („Gesellschaft und Freiheit", „Angewandte Aufklärung") oder T. W. Adorno und Mitarbeitern („Soziologische Exkurse"), mit denen ich mich zu Beginn meines Studiums seinerzeit auseinanderzusetzen hatte, nicht doch *besser* geeignet?

Wie dem auch sei – am nachdenklichsten stimmte mich, während ich diesen insgesamt durchaus aufschlussreichen Einführungskurs Soziologie las, wie wenig anregend oder erheiternd ich ausnahmslos alle Zitate finden konnte, die einzelne seiner Autoren als besonders „humorvoll", „ironisch" oder „geistreich" hervorheben. Ist aus der Soziologie inzwischen tatsächlich eine derart staubtrocken akademische Angelegenheit geworden, dass sich diejenigen, die sie betreiben, schon von solch harmlosen Einfällen und verklemmten Akademikerwitzchen beeindruckt zeigen? Welche Fülle dichter Beschreibungen und anregender Gedanken über den Menschen vermitteln uns demgegenüber literarisch sensible Journalisten wie Jane Kramer oder James Agee – oder gar die grossen Schriftsteller von Shakespeare, Lichtenberg, Büchner, Nietzsche bis Proust oder Musil! Gefragt, wie menschenwissenschaftlich interessierte Studenten ihre Lektürezeit am besten einteilen sollten, würde ich ihnen heute darum ernsthaft dazu raten, für die von *einer* Seite eines heutigen Soziologielehrbuches verursachten Entbehrungen sich mit je mindestens *zehn* Seiten klassischer Literatur zu entschädigen.

Emil Walter-Busch,
Hochschule St. Gallen

Yannis Papadopoulos (sous la direction de), *Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales : 1970–1987.* Editions Réalités sociales, Lausanne, 1994, 326 p.

Malmenées par une succession de «dimanches noirs», désavouées dans leurs tentatives de moderniser l'Etat ou la société, ou d'ouvrir le pays vers l'extérieur, les autorités politiques suisses semblent devoir assister, impuissantes, au renforcement du décalage entre l'élite et la base. Dans cette période troublée, le livre publié sous la direction de *Yannis Papadopoulos,* consacré aux votations fédérales entre 1970 et 1987, vient à point nommé. Cette recherche, réalisée par une équipe de politologues des Universités de Lausanne et de Genève, et de l'Ecole polytechnique de Lausanne (IREC), apporte en effet une précieuse contribution à la compréhension des modalités de relations au sein de l'élite et, surtout, entre l'élite et la base. A ce titre, elle complète donc fort utilement les analyses des comportements individuels réalisées sur base de sondage d'opinion, en particulier les enquêtes-VOX des votations fédérales.

Bien que sa vocation essentiellement théorique le distingue nettement des chapitres ultérieurs, le chapitre introductif, signé par *William Ossipow*, sert de toile de fonds à l'analyse du fonctionnement de la démocratie directe. Ossipow interprète le développement, par quatre vagues successives, de nombreux dispositifs de compensation comme étant la réponse du système à la complexité et à la sophistication des institutions mises en place. Le renforcement continuel du principe de coopération est supposé garantir un ordre politique alliant performance décisionnelle et légitimité. Or, le vote populaire, lorsqu'il a lieu, constitue une limite évidente à ce principe. Il introduit une dose d'imprévisibilité dans le processus décisionnel et permet l'expression de la différence de logique existant entre l'élite

et le peuple : ce dernier n'a pas de raison d'être coopérant, notamment car il n'a pas de bénéfices à attendre d'une logique de l'échange comme celle qui prévaut dans les négociations au niveau de l'élite.

Les recommandations de vote exprimées par les partis et les groupes avant le vote, qui se traduisent par la formation de *coalitions référendaires objectives*, visent à réintroduire un certain ordre dans le système. Outre ces coalitions, trois autres facteurs explicatifs (la période législative, le type juridique et le contenu du vote) sont systématiquement considérés par les auteurs. L'analyse empirique débute tout naturellement par l'examen de ces coalitions objectives. *Simon Hug* montre qu'en dépit des fluctuations existant d'une votation à l'autre, certaines constellations structurent de façon récurrente le champ référendaire. Ainsi, le clivage gauche-droite apparaît comme un élément central et constant dans la période étudiée : à une droite gouvernementale très homogène s'oppose souvent un pôle progressiste plus fluide. Des changements dans le temps sont toutefois nettement perceptibles, à l'exemple du glissement à gauche sensible du PSS entre 1975 et 1979, puis à nouveau entre 1983 et 1987, et de la fragilisation du noyau bourgeois durant cette dernière période. Enfin, les partis politiques suisses connaissent, déjà en leur sein, des problèmes de cohérence qui portent l'empreinte de la structure fédéraliste de la Suisse. Hug montre néanmoins que, même s'il n'est pas négligeable, le phénomène de *déviation* des consignes de vote des sections cantonales demeure limité. Dans un autre chapitre, Hug prolonge sa réflexion et étudie la loyauté de l'électorat vis-à-vis des mots d'ordre des partis. Les blocs composés d'une majorité de partis ou de la droite gouvernementale jouissent d'une forte loyauté de la part de leurs sympathisants, alors que les partis de gauche et les petits partis ne peuvent pas compter sur un électorat aussi loyal. En contrepartie, les petites formations possèdent une capacité de mobilisation sans comparaison avec leur force électorale. Elles bénéficient ainsi ponctuellement d'un soutien élevé provenant de sympathisants d'autres familles politiques ou de personnes dépourvues d'attaches partisanes (abstentionnistes ou votants sélectifs, Neinsager).

L'analyse des relations entre les comportements des citoyens et de la classe politique, conduite par *Yannis Papadopoulos*, montre que le contrôle par les élites peut effectivement faire défaut en cas de vote : entre 1970 et 1987, près du quart des projets présentés par les autorités ont été rejetés en votation populaire. Reste que les autorités ont tout de même été suivies dans la grande majorité des cas (75%, et même 85% pour les référendums obligatoires). Avec raison, Papadopoulos met plutôt l'accent sur la *convergence* existant entre les élites politiques et la base, qui infirme la thèse du déclin continu du soutien aux autorités. Seule la période 1975–79 est caractérisée par une véritable *crise des outputs*, que l'auteur interprète comme la prolongation de la mobilisation xénophobe du début des années 70. Cette période est marquée par une polarisation gauche-droite au niveau de l'élite, par une forte augmentation des demandes de référendums, et par les échecs populaires répétés des projets officiels. Un des résultats remarquables de cette analyse tient à la caractérisation de la capacité de blocage des différents blocs : alors que l'acceptation d'un projet est (presque) assurée d'avance si la totalité ou la quasi-totalité des partis le soutient, le pouvoir de blocage de la gauche en cas de référendum obligatoire et, surtout, celui des petits partis en cas de référendum facultatif, est important.

L'analyse de la conflictualité qui prévaut dans la société à l'occasion de chaque vote précise l'étude de la capacité de blocage des groupes. Sur la base du calcul du taux de conflit (maximal lorsque le résultat du vote est de 50–50, nul lorsque la votation est totalement acceptée/rejetée), Papadopoulos montre que c'est surtout la capacité conflictuelle d'ordre négatif (contre un

projet) des petits partis qui injecte de l'imprévisibilité dans le processus. Le potentiel conflictuel de la gauche, bien que non négligeable, demeure faible par rapport à sa force électorale. De plus, la capacité de mobilisation de la gauche en général, et du PSS en particulier, est essentiellement défensive. Le PSS apparaît démuni lorsqu'il s'agit de promouvoir un projet, sauf s'il est question d'enjeux écologiques, mais c'est alors au prix d'alliances qui l'éloignent de son électorat traditionnel. Globalement, l'analyse de Papadopoulos contredit à nouveau la thèse de l'augmentation de la conflictualité des sujets politiques. Il n'en demeure pas moins que la société est nettement moins consensuelle que la classe politique : il n'y a guère qu'en cas d'initiatives ou de clivage gauche-droite au sein de l'élite que la conflictualité est aussi importante au niveau des partis qu'au sein de la société. Enfin, autre signe de la distance existant entre la logique de l'élite et celle de la base, cette dernière se calque en moins sur les consignes de votes. Cette différence de logique est confirmée par le dernier chapitre de *Dominique Joye* et *Yannis Papadopoulos,* dédié à la participation et aux votations moteurs. Par manque d'informations sur les prises de position des partis ou de loyauté à l'égard de celles-ci, les citoyens n'utilisent que fort peu le comportement des élites comme cadre de référence pour se décider à aller voter ou pas. Comme le notent les auteurs, ce résultat renforce l'idée d'un vote orienté par sujet, où le contenu est plus important que les clivages partisans en lice. En outre, la participation est influencée par le contexte politique; elle augmente quelque peu dans un climat conflictuel, particulièrement pour les référendums obligatoires.

Par son caractère à la fois original et systématique, cet ouvrage mérite d'être lu par toutes les personnes qui s'intéressent à la démocratie directe. Sur le plan formel, notons que le lecteur pourra se sentir quelque peu décontenancé par la profusion de tableaux (pas tous indispensables) ou la densité du propos. A ce titre, les quelques redondances existant d'un chapitre à l'autre, voire à l'intérieur d'un même chapitre, qui seraient gênantes en d'autres circonstances, améliorent ici la clarté de l'argumentation. Sur le fond, on ne peut s'empêcher de penser que les auteurs ont dû ressentir une certaine frustration face à des résultats qui ne sont pas toujours à la mesure de l'impressionnant arsenal technique déployé. Cela étant, leurs analyses ont l'avantage de tordre le cou à certaines idées reçues, notamment l'affirmation d'une augmentation continue de la conflictualité et de la défiance vis-à-vis des autorités depuis les années 70. Dans le même temps, les auteurs se gardent bien d'émettre des conclusions trop optimistes quant aux rapports entre élites et base. Au contraire, ils nous rendent attentifs aux dysfonctionnements potentiels de la démocratie directe, par exemple ceux associés à une éventuelle rentrée politique des abstentionnistes.

Tout compte fait, la principale critique à adresser à cette recherche tient au champ historique couvert : alors que le livre est paru en 1994, l'analyse des auteurs s'arrête en 1987 déjà. Non seulement la prise en compte de la législature 1987–1991 aurait permis de renforcer la pertinence d'un de leurs facteurs explicatifs (la périodisation), mais elle aurait vraisemblablement produit des résultats plus spectaculaires, notamment une rupture dans le cycle – identifié par les auteurs – de consensus et de conflit. En effet, comme le remarque Papadopoulos dans sa conclusion, qui met d'ailleurs avantageusement en perspective les résultats de la recherche, il semble que la législature 1987–1991, a été marquée comme la précédente par une très forte conflictualité, que ce soit au niveau parlementaire, lors des campagnes référendaires (polarisation gauche-droite selon les mots d'ordre) ou des scrutins (résultats très serrés). Et le tableau semble s'être encore noirci au cours de la présente législature, marquée par une dégradation autant du consensus au niveau de l'élite, que des rapports entre classe politique et peuple. Par ailleurs, cette prolongation du

champ d'étude aurait peut-être amené les auteurs à nuancer quelque peu leur identification unilatérale des forces de blocage (conservateurs) : si l'arme référendaire a effectivement longtemps été l'apanage de la droite bourgeoise ou des petits partis de droite, les partis de gauche recourent plus fréquemment à cet instrument depuis quelques années, afin de s'opposer à des projets pas suffisamment progressistes à leur goût.

Last but not least, la dissolution progressive des frontières entre politique extérieure et politique intérieure, particulièrement perceptible depuis la seconde moitié des années 80, affecte le champ d'application de la démocratie directe, et provoque son fonctionnement. Nulle doute que la prise en compte des consultations récentes liés à l'ouverture en général, et à la politique extérieure en particulier, conférerait à cette recherche une nouvelle dimension empirique et aussi théorique. Nous attendons avec impatience «Elites politiques et peuple en Suisse 2» !

Pascal Sciarini, Département de science politique, Université de Genève

Ronald Hitzler, Anne Honer, Christoph Maeder, Hrsg., *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*, Westdeutscher Verlag, Opladen 1994, 318 Seiten, DM 48.—.

Die soziologische Annäherung an Expertenwissen weckt bei manchen vielleicht das Vorurteil, hier würden sich „Besserwisser" in kritischer Absicht zum Auftreten und Verhalten von „Technokraten" gegenüber einem unmündigen und dilettanten Publikum äussern. Dass heute eine ernsthafte und ernstzunehmende Wissenssoziologie auch ganz anders betrieben werden kann, belegen die hier versammelten Texte, welche die früheren, wechselseitigen Vorwürfe des Szientismus resp. der Unwissenschaftlichkeit als soziales Phänomen zwar kennen, nun aber neugierig auf aktuellere Erscheinungsweisen einer Expertenkultur reflektieren wollen. Der Untertitel gibt dem Leser einen unmissverständlichen Hinweis darauf, dass die Beitragenden zu einem erheblichen Teil mit der Tradition einer Sozialphänomenologie Schütz-Berger-Luckmannscher Prägung vertraut sein müssen. In der Tat sind einige Merkmale in den Texten wie ein roter Faden eingesponnen, wenn etwa in echt konstruktivistischer Manier „nach der gesellschaftlichen Konstruktion von Experten ebenso wie nach der Konstruktion von Wirklichkeit durch Experten" (S. 6) gefragt und geforscht wird. Die versammelten Beiträge zu einer modernen Wissenssoziologie verknüpfen hierbei eigene Erkenntnisse mit jenen aus den Feldern der Berufs-, Bildungs-, Eliten- und politischen Soziologie. Vereinzelt werden auch Abstecher in die benachbarten Disziplinen der Volks- und Betriebswirtschaft, Psychologie und Wissenschaftstheorie unternommen.

Der Gemeinschaftsarbeit der drei HerausgeberInnen stellten sich vorab die z. T. kniffligen Aufgaben der Sichtung tragfähiger Begriffssysteme, der Relationierung und Integration unterschiedlicher methodischer Ansätze, der Zusammenführung verschlungener theoretischer Pfade und – auf der Gegenstandsebene – der materiell adäquaten Kompartimentierung der Einzelbeiträge zu Themenblöcken. Entschieden hat man sich letztlich für die vierteilige Grobgliederung nach Kategorien des Expertenwissens in „professionell verwaltetes Wissen", „Managementwissen", „praktisches Verwaltungswissen" und „sozialtechnologisches (Steuerungs-)Wissen".

Einleitend nimmt der Beitrag von R. Hitzler auf diese Möglichkeit der Differenzierung von Wissensbeständen Bezug und entwirft daraus einen Spielplan für die jeweiligen Akteure (Laien, Experten, Spezialisten, Professionelle, Intellektuelle und Entscheidungsträger), die er terminologisch

und idealtypisch im Ausgang vorhandener Literatur zu fassen sucht. Die zentralen Momente der Kompetenzansprüche und -zuschreibung sowie der Legitimationsbeschaffung werden in unterschiedlicher Form von den einzelnen Autoren z. T. aufgegriffen und stückweise empirisch belegt. Davon, wie die „Goffmenschen" zu ihrer Etikettierung kommen und welche Unterschiede je nach „Asyl" oder Institution (Gefängnis, naturwissenschaftliches Labor, psychoanalytische Couch, Managementschulung, „moralischer Unternehmer", Amtsstuben, Spitäler, Postgebäude) situativ oder akteurspezifisch auftreten, handeln dann die folgenden Beiträge. Einige unter ihnen fordern direkt oder unterschwellig zu einer reflexiven Haltung gegenüber der Thematik und konkret der eigenen Konstruktion von Expertentum im Prozess des Forschens, Schreibens, Publizierens und Denkens über Experten auf.

Wie facettenreich die wissenssoziologischen Spielarten methodisch und methodologisch (beispielsweise als Ethnographie, Texthermeneutik, „Strukturhermeneutik", Diskursanalyse, Konversations- und Deutungsmusteranalyse) den Phänomenen nachspüren, zeigen (in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt) folgende Autoren:

K. Amann, anhand ethnographischer Darlegungen aus seiner Feldforschung in einem Labor für Molekularbiologie,

A. Brosziewski, anhand eines ausführlichen Literaturstudiums am Beispiel von Expertenrepräsentierungen im Rahmen der Schulung in Personalführung,

N. Degele, in Form einer anwendungsorientierten Expertise für den Gebrauch eines computerisierten Telekom-Beratungsdienstes,

A. Honer, im Rückgriff auf ein Video aus dem Bereich der Reproduktionsmedizin mit Blick auf die „Inszenierung von Expertenschaft dieser Mediziner",

R. Keller, am Beispiel der Psychologisierung der Lebensgeschichte, d. h. der Applikation professioneller Sonderwissensbestände als Komplementärvorgang zur „De-Institutionalisierung der Lebensläufe",

H. Knoblauch, in bezug auf die kalifornische Antirauchbewegung, welche Experten heranbildet zur möglichst erfolgreichen Kampagnenbildung – auf dem Kreuzzug gegen das Rauchen,

Ch. Maeder, aufgrund seiner Beobachtungs- und Befragungsdaten aus einer Untersuchung betreffend strafanstaltsinterner Verhaltenscodizes als „Mikrophysik der Macht",

M. Meuser und U. Nagel, in ihren methodisch-technischen Ausführungen zu „Experteninterviews" in „Funktionseliten"-Kreisen und deren Stellenwert im Rahmen der Erforschung sozialen Wandels,

J. Reichertz, auf Erkenntnistheorien sich berufend und das Beispiel polizeilicher Detektivarbeit herausgreifend, dabei „computergestützte Expertensysteme" und menschliches Kombinations- und Abduktionsvermögen in ihrer Leistungsfähigkeit einander gegenüberstellend,

N. Schröer, sequenzanalytisch an einem Protokoll aus der polizeilichen Beschuldigtenvernehmung von Jugendlichen darlegend, wie die Beamten durch Einsatz spezifischer Frageroutinen die situationsbedingte „strukturelle Dominanz" des Beschuldigten kompensieren,

U. Streckeisen, mittels eindrücklicher, „dichter Beschreibung" des vorwiegend klinischen Umgangs mit Toten, jene Vorgänge nachzeichnend, wie die Anwesenden angesichts des Abwesenden mit der Tragödie umzugehen wissen,

W. Walter, mit Bezug auf die Selbstdarstellung der Mitglieder von Familienberichtskommissionen sowie typologisch in ihren Selbstdeutungs-Stilen als „Animateur", „Empiriker" oder „Patchworker".

Aus der Lektüre der hier bloss stichwortartig umrissenen Aufsätze gewinnt man vielfach einen anschaulichen Einblick in die Werkstatt – zumindest in der Etappe der Endfertigung – qualitativer soziologischer Forschung, welcher nach verschiedenen

Richtungen ergänzt werden könnte, indem man anschliessend einen Teil der jeweils zitierten und angeführten Literatur konsultiert.

Die weiteren Beiträge sind vorwiegend theoretisch orientiert und spannen den Bogen von einer ideen- und sozialgeschichtlichen Bearbeitung des Verhältnisses zwischen Experten und Laien (E. Walter-Busch) über die Kritik an der manchmal „esoterisch" oder beinahe schon religiös anmutenden Expertise von professionellen Ökonomen (A. Meier), über Bestrebungen zur „Internalisierung" von „Nichtwissens-Systemen" insbesondere in der Entwicklungsländerforschung (G. Lachenmann), bis zur methodenkritischen Darstellung eines Habitus des in seinem „Zeitmanagement" durchrationalisierten Laien (Th. E. Eberle).

Wer auf all diesen Gebieten (noch) kein Experte ist, und sich auf den ersten Blick in diesem „Müesli" ohne Expertensystem nicht zurechtfindet, der sei auf die letzten zwölf Seiten des Buches verwiesen, welche dem Laien in übersichtlicher Form die knapp gehaltenen Informationen über die Textverfasser, deren Arbeitsschwerpunkte und neueren Veröffentlichungen sowie gut lesbare Zusammenfassungen der Beiträge präsentieren. Hier findet sowohl der „Rosinenpicker" wie der „Gourmand" eine übersichtliche Menükarte zur Auswahl der gewünschten Kost.

Einem Sammelband die Heterogenität der Beiträge zum Vorwurf zu machen, wäre ebensowenig haltbar wie die Forderung eines soziologischen Laien, man möge soziologisches Fachwissen statt in fachspezifischer Terminologie gefälligst in der Alltagssprache dem „bildungsbürgerlich Wohlinformierten" mit „gesundem Menschenverstand" verständlich machen. Wenn man fürs nächste Mal dennoch einen Wunsch äussern darf an die Herausgeberschaft, welche im übrigen ihre redaktionelle Tätigkeit sehr sorgfältig ausgeübt hat, dann vielleicht diesen: beispielsweise in einem Nachwort die wichtigsten Erkenntnisse in wechselseitiger Verknüpfung und vor allem die soziologisch zentralsten Fragestellungen zusammenfassend aufzugreifen und kritisch in den Raum zu stellen, sozusagen als Ausgangspunkte für weitere Denkwege.

Beat Brunner, ETH Zürich, Professur Forstpolitik und Forstökonomie

Didier Lapeyronnie, *L'individu et les minorités. La France et la Grande Bretagne face à leurs immigrés*. Paris, Puf, 1993

Cet ouvrage marque une prise de conscience de la nécessité de situer historiquement les phénomènes liés aux migrations, qui dès lors sont lus dans une dynamique impliquant la société toute entière.

L'auteur part de la notion de société nationale qui unit trois éléments : un ensemble social concret à un territoire contrôlé par un Etat à travers l'idée de modernisation. Au centre un système d'éducation unifié, produisant une culture moderne et nationale, et des individus mobiles, capables de communiquer sur l'ensemble du territoire du pays. Les sociétés nationales définissent ainsi un système d'intégration moins sociale que proprement nationale.

Il fait ensuite état d'une évolution récente, qu'il qualifie de «fin des sociétés nationales» : la correspondance entre un Etat, une culture et la vie sociale tend à s'affaiblir, ce qui se manifeste par une autonomie croissante de la vie sociale et culturelle par rapport à l'Etat et par une moindre capacité de l'Etat d'intervenir dans les problèmes sociaux.

En ce qui concerne le rapport des immigrés à la société d'accueil, cette évolution se reflète par un hiatus grandissant entre le regard politico-national que pose cette dernière sur l'immigré et l'expérience propre de celui-ci, entre la dimension normative de l'intégration et la construction

socio-culturelle de l'intégration par les acteurs sociaux eux-mêmes.

L'auteur se donne pour objectif de dépasser une conception purement descriptive de l'intégration, simple juxtaposition de domaines – voire de problèmes sociaux – auxquels est confronté l'immigré, soumis à l'impératif d'une insertion fonctionnelle. Pour ce faire, il situe l'intégration en rapport avec l'évolution de la société, caractérisée par un double processus : la participation à la compétition économico-politique d'une part, l'intégration sociale d'autre part, cette dernière impliquant groupes et individus dans les conflits culturels et sociaux, à savoir les luttes pour le contrôle des normes et des orientations culturelles.

Aujourd'hui, l'expérience des individus est vécue de moins en moins comme une expérience nationale, de même que l'économie et la culture se définissent de moins en moins dans des cadres strictement nationaux. Par ailleurs, les institutions qui assuraient la correspondance entre normes nationales et motivations individuelles sont en crise : c'est le cas des organisations ouvrières et des grandes institutions telles l'école, la famille, les églises, qui perdent leur fonction de socialisation. Les sociétés «postnationales» ne sont plus des sociétés intégratrices.

Cette désintégration des institutions se reflète dans l'individualisme et dans le renouveau des ethnicités : le statut social étant moins pertinent comme critère d'identification individuelle, les individus s'identifient et s'intègrent par leurs appartenances et par la constitution de communautés qui, à la différences des institutions, ne sont pas fondées sur la raison et l' *achievement* mais sur la tradition et l'*ascription*.

Dans ce contexte nouveau, les exclus de la compétition économique ne sont pas pour autant automatiquement des marginaux sur le plan culturel. Ils partagent, en effet, avec les classes moyennes les valeurs de respect de la personne et de la dignité humaine. Lorsque exclusion économique et intégration culturelle vont de pair, cette contradiction donne naissance à la résurgence des ethnicités.

Le lien ethnique constitue une ressource pour l'insertion économique : il permet un retrait dans une enclave protégée du racisme; en cas d'échec, l'idéologie ethnique peut prendre une tournure radicale de rejet de la modernité. On retrouve ainsi une thèse développée par D. Lapeyronnie en 1987 dans une étude sur l'expérience des Beurs en France et les caractéristiques de leur processus d'intégration. Cette thèse trouve ici une expression théorique plus assurée, grâce aux développements consacrés au deuxième pôle du concept d'intégration – sa dimension structurelle – reliant cette intégration à l'analyse de l'évolution des sociétés réceptrices.

La démarche comparative qui caractérise cet ouvrage permet de mettre en lumière le lien qui unit la perception et la définition de l'intégration des immigrés et les modalités de construction des sociétés nationales. Ainsi en France, où l'Etat républicain joua un rôle central dans la définition de la société nationale, l'opposition prioritaire est celle entre immigrés et nationaux. En Grand Bretagne, par contre, l'importance du parlementarisme et les caractéristiques de l'industrialisation ayant donné un rôle plus important aux acteurs sociaux et à la société civile, on distingue les divers niveaux d'accès possibles à la citoyenneté.

Aux chapitres théoriques initiaux font suite trois chapitres décrivant l'évolution des dispositifs visant l'intégration des immigrés dans les deux pays : l'auteur en discute les caractéristiques, les succès et les impasses.

Contestant la thèse courante qui explique la différence des politiques migratoires par des traditions coloniales différentes – politique française, assimilatrice et centralisatrice, gestion anglo-saxonne plus favorable à l'autonomiedes populations colonisées –, Lapeyronnie interprète ces divergences à partir des conditions historiques qui ont présidé aux vagues migratoires et à l'installation des minorités immigrées.

Les deux expériences se distinguent à maints égards. Les Français ont su adapter l' immigration aux besoins de leur économie; se sentant dès lors moins menacés par celle-ci, qui de surcroît était essentiellement européenne, ils ont traité l'immigration avant tout comme un problème social et la gestion de l'immigration s'est faite à travers le dispositif de droit commun. En Grande Bretagne par contre, les besoins de l'économie en main-d'œuvre ont été soumis à des considérations politiques, notamment à la peur d'une immigration de couleur, d'emblée familiale. Les économistes estiment en effet aujourd'hui que l'expansion économique de l'après-guerre en Grande Bretagne a été freinée par le refus politique de la main-d'œuvre étrangère; il s'en suit que les Britanniques ont mis sur pied, dès le début de l'immigration, des modalités spécifiques de gestion des immigrés basées sur les relations ethniques intercommunautaires.

Aujourd'hui cependant se dessine une convergence entre les deux pays qui aboutit à une forte politisation de la question immigrée et à l'émergence de mouvements d'extrême-droite. Du côté des populations concernées, le remplacement progressif de la notion d'immigré par le concept de minorité illustre le passage d'un point de vue normatif, axé sur l'intégration, à un point de vue centré sur les relations sociales et culturelles nouées par ces groupes en voie de se profiler comme sujets d'action.

La troisième partie de l'ouvrage est consacrée à l'analyse de cette action collective et aux modes d'articulation entre l'offre politique et les demandes sociales.

Les formes de mobilisation les plus fréquentes chez les immigrés sont les émeutes, où exclusion culturelle, politique et personnelle et sentiment d'être méprisé se mêlent pour générer une revendication de dignité et de justice. Or – nous dit l'auteur – ces explosions brèves et violentes s'expliquent moins par des inégalités économiques et culturelles que par la coupure qui existe entre la vie sociale et politique du quartier et le reste de la ville.

Les groupes d'immigrés sont peu structurés, gangs où domine en fait un individualisme que l'auteur qualifie de «dual», caractérisé par la rupture entre les dimensions expressive et instrumentale de chacun. L'absence de statut garanti donne une grande importance à l'identité personnelle; en dehors des rapports sociaux de travail, l'individu se définit par son héritage, son appartenance.

L'ethnicité mêle l'individualisme expressif, fondé sur le respect de la personne, et l'individualisme instrumental qui se construit dans la consommation, les signes, les références communautaires et les emprunts à la mode et aux objets de consommation culturelle. Mais la faible différenciation entre le privé et le public et la charge émotive de l'individualisme expressif entravent la formation de demandes sociales construites et négociables.

Dans un climat de surpolitisation de la question immigrée et face à la faible capacité d'organisation des acteurs sociaux, l'offre de politiques d'intégration s'élabore dans un groupe social intermédiaire, lié directement à la structure du pouvoir local; ces politiques sont construites à partir de considérations avant tout idéologiques et souffrent dès lors d'un déficit de légitimation. Ce groupe intermédiaire de spécialistes (la *Race Relation Industry*) tend à se muer en notables du fait de la professionnalisation et de l'institutionnalisation des politiques d'intégration, au risque de poursuivre leurs propres intérêts et de négliger leur fonction de représentation.

Cette même tendance se retrouve dans les deux pays analysés, bien qu'à des degrés différents : en Grande Bretagne, l'offre politique tend à couvrir le traitement des demandes sociales privilégiant le registre multiculturel égalité-différence, alors qu'en France, offre politique et traitement des demandes sociales sont disjoints, l'accent étant mis sur le registre participation / intégration / reconnaissance.

Comme le signale D. Lapeyronnie dans sa revue des politiques européennes d'intégration, publiée en 1992, tous les pays

européens ont donné la priorité aux politiques locales, censées assurer une prise en charge pragmatique des populations immigrées : or les pays étudiés dans cet ouvrage plus récent reflètent les deux orientations générales qui se dessinent en Europe. D'un côté l'accent est mis sur les politiques de gestion communautaire associées à la lutte contre le racisme, comme en Grande Bretagne. De l'autre côté la priorité est donnée aux politiques sociales de droit commun associées à la valorisation culturelle des groupes immigrés, comme c'est le cas en France. Chacune de ces options est par ailleurs moins le fruit de choix délibérés que le résultat d'héritages institutionnels.

Si aujourd'hui une science politique des politiques publiques et du racisme occupe de plus en plus le devant de la scène par rapport aux approches plus classiques, socio- ou ethnographiques, de la condition immigrée et minoritaire, cet ouvrage se situe résolument dans le domaine de la sociologie des groupes immigrés. Il s'insère dans l'actuel renouveau de cette sociologie (Martiniello 1990, Werbner & Anwar 1991, Neveu 1990), considérant ces groupes en tant qu'acteurs sociaux et réussissant une synthèse avec les études plus spécifiquement politiques (Burbaker 1992, Costa-Lascoux & Weil 1992).*

De lecture aisée, ce livre a de plus le mérite de fournir au lecteur francophone qui s'initie au sujet une vision d'ensemble cohérente de la littérature britannique ainsi qu'une vaste bibliographie européenne.

Rosita Fibbi, Genève

* Brubaker R., *Citizenship and Nationhood in France and Germany*, Cambridge, Mass, Harvard University Press, 1992
Costa-Lascoux J., Weil P., *Logiques d'Etat et immigrations*, Paris, Kimé, 1992
Martiniello M., *Leadership et pouvoir*, Paris, Ciemi L'Harmattan, 1990
Neveu C., *Communauté, nationalité et citoyenneté*, Paris, Karthala, 1990
Werbner P., Anwar M., *Black and Ethnic Leaderships*, London, Routledge, 1991

Jean-Paul Willaime, *La précarité protestante, sociologie du protestantisme contemporain*, Labor et Fides, Genève, 1992, 215 pages

L'ouvrage se compose de trois parties rassemblant chacune plusieurs articles et conférences dont la période de production s'étale de 1982 à 1992. De ce fait il peut être lu avec intérêt soit pour les nombreuses problématiques qu'il aborde (le changement religieux, l'oecuménisme, le clergé, etc.) soit comme un ensemble d'études consacrées aux raisons de la friabilité du protestantisme face à la modernité, avec laquelle il entrenait et entretient encore des liens positifs. En d'autres termes, pourquoi le protestantisme ne touche-t-il pas les dividendes sociaux de son adaptation à une société sécularisée et pluraliste ? La présente recension se concentre sur la principale thèse défendue par JPW, à savoir que le protestantisme est une religion intrinsèquement fragile, parce que travaillée par des tensions centrales qui ont des effets dissolvants.

Selon JPW, la première tension contre-productive est provoquée par le principe épistémologique protestant. La Réforme ayant fait de la vérité religieuse un problème herméneutique, la légitimité de l'institution religieuse se trouve directement liée à la légitimité reconnue à sa théologie. La vulnérabilité protestante à la conjoncture théologique provient de sa dépendance (relative) à l'égard des théologiens et de leur capacité de proposer une lecture plausible des textes bibliques.

Ni le mode libéral ni le mode fondamentaliste de se rapporter aux textes bibliques ne parviennent aux yeux de JPW à produire un effet social sur la modernité. Le fondamentalisme protestant affirme l'infaillibilité de la Bible, mais ses diverses expressions révèlent une incapacité à éviter les compromis avec la culture. De ce fait, le fondamentalisme protestant se limite selon JPW à un mouvement de réassurance doctrinale et éthique.

A l'opposé, le courant du protestantisme libéral qui imprègne une grande partie du

protestantisme et influence l'ensemble de sa production théologique actuelle a le souci de repenser le langage religieux et de renouer avec la société moderne, en recherchant des connexions du message chrétien avec les expériences contemporaines et l'ouverture du langage religieux sur d'autres religions et sur les sciences humaines. Cependant ce courant constitue un système diffus de croyances, difficiles à transmettre par socialisation, de plus son succès peut conduire à l'indifférence religieuse.

Une deuxième tension centrale à effet dissolvant réside selon JPW dans la gestion de l'autorité par le système protestant, dans lequel la présentification du divin se fait par la prédication. La tradition protestante a institué un nouveau type de clerc : le pasteur, légitimé en tant qu'interprète des Ecritures, institué en vertu d'un savoir, celui de développer une lecture correcte des textes bibliques. Comme agent institutionnel il relève du type du prêtre, comme prédicateur il se rapproche du prophète, mais un prophète qui ne rompt ni avec la tradition ni avec l'institution, tout en devant créer du sens. La figure du docteur est retenue par JPW pour caractériser l'autorité religieuse du pasteur dans sa fonction d'agent idéologique conforme. La figure du clerc est celle d'un docteur au service d'une tradition sacrée et qui manifeste une sorte de charisme de fonction. La fragilité structurelle vient de ce que la tradition protestante se veut être une institution tout en la désacralisant de sorte que c'est au pasteur qu'incombe la tâche de maintenir l'Eglise protestante comme institution, au travers de la prédication. Cette fragilité est encore accentuée par un contexte social et religieux dans lequel le caractère magistral de la prédication paraît mal adapté.

La troisième tension socialement contre-productive finement analysée par JPW réside dans ce qu'il appelle le déficit d'universalisme du protestantisme. La Réforme a favorisé la création d'Eglises liées à des territoires et des cultures particulières, sa diffusion a suivi les frontières politiques. Pour des raisons historiques et théologiques le protestantisme n'a pas d'autorité religieuse centrale forte ni au niveau national ni sur le plan international. Les liens entre ses différentes instances sont à géométrie variable, mal coordonnés et en concurrence partielle. Selon JPW, la précarité du protestantisme vient de ce qu'il est peu habitué à s'organiser collectivement pour parler d'une seule voix et qu'il s'essouffle à gérer son pluralisme et une tentation sectaire nourrie par son caractère d'institution idéologique.

L'analyse de la situation du protestantisme par JPW montre que celui-ci n'échappe pas aux transformations qui caractérisent le champ religieux dans son ensemble, à savoir une crise des institutions et du sentiment religieux. Par ailleurs, l'individualisation favorise une pulvérisation du champ religieux en tendances multiples, avec pour conséquence une fragilisation des Eglises en raison de la mobilité de leur clientèle. En pleine convergence avec les études réalisées sur la situation religieuse en Suisse (par exemple R. Campiche et al., Croire en Suisse(s), L'âge d'homme, 1992), JPW note que la tendance à l'effacement des identifications confessionnelles n'est pas incompatible avec une certaine perdurance culturelle des appartenances. L'attachement à la culture confessionnelle peut subsister alors même que les liens avec l'institution ont été rompus.

L'analyse de la situation contemporaine du protestantisme s'appuie également sur une comparaison avec l'effet social du catholicisme. Protestantisme et catholicisme sont analysés à l'aide de modèles idéal-types par JPW comme deux logiques de fonctionement qui divergent sur le rapport entre pouvoir doctrinal et pouvoir organisationnel. Le modèle instititutionnel catholique est qualifié de rituel (appropriation par l'organisation du charisme : l'instit. est sacralisée). Le modèle protestant est désigné comme idéologique (l'institution est désacralisée car la question de la vérité est herméneutique). Le noyau dur de la différence entre pro-

testantisme et catholicisme selon JPW n'est pas ecclésiologique (rôle de l'Eglise par rapport au salut) mais dans le mode d'existence de l'institution et le mode de fonctionnement de l'autorité en son sein. Il en veut pour preuve que la rupture institutionnelle suite à la Réforme est devenue le lieu de focalisation de la séparation (autre mode de fonctionnement du pouvoir et autre division du travail religieux). Il souligne également la fragilité sociale du modèle institutionnel idéologique face au modèle rituel (stabilité et visibilité de l'institution).

La pertinence sociale du protestantisme est aussi envisagée dans le contexte de ce que JPW appelle les paradoxes contemporains de l'oecuménisme. A ses yeux, le développement de l'oecuménisme (entre Eglises chrétiennes, voire avec d'autres traditions religieuses) a un caractère inéluctable dans le contexte socio-religieux actuel. Il répond en effet à une exigence des sociétés pluralistes qui ont besoin d'agences sociales pourvoyeuses d'éthiques de la fraternité et de la responsabilité. Cependant, alors que l'évolution sociale et religieuse pousse les Eglises à collaborer, le processus de dialogue produit ses effets non voulus tels qu'une reconfessionnalisation et une réactivation des identités confessionnelles. L' hypothèse explicative retenue par JPW est que la théologie se confessionnaliserait en phase de dialogue entre traditions religieuses alors qu'elle se déconfessionnaliserait en phase de confrontation avec la culture.

L'analyse du champ religieux proposée par JPW, résolument wéberienne, est convaincante, d'autant qu'elle est nourrie par une riche expérience de la littérature théorique et de la recherche de terrain. Elle est conduite avec une grande rigueur, cherchant à conserver une ligne d'interprétation qui consiste à mettre constamment en regard un processus religieux (régulation doctrinale, gestion de l'autorité, etc.) et son effet social. De même il souligne l'impact des processus sociaux (individualisation, changement social) sur le champ religieux. L'ouvrage de JPW se présente comme réflexion sur les effets sociaux produits par le système religieux protestant. Il constitue de ce fait une contribution importante à la compréhension du champ religieux contemporain.

Comme le note JPW lui-même, le protestantisme est un ensemble complexe et hétérogène de courants théologiques et de formes institutionnelles dont l'impact social et cuturel varie selon les contextes nationaux. En Suisse par exemple on observe que les stratégies d'adaptation du protestantisme ont toujours été influencées par le contexte fédéraliste et par sa situation majoritaire ou minoritaire à l'intérieur des cantons. Cette réalité conduit à considérer avec intérêt mais aussi une certaine prudence le diagnostic selon lequel le protestantisme (dans sa version libérale et pluraliste plus particulièrement) travaillerait à son propre déclin.

L'hypothèse sous-jacente est que, dans les sociétés pluralistes et sécularisées, les versions orthodoxes de la religion peuvent mieux convenir aux individus dans la mesure où elles remplissent des fonctions identitaires alors que les versions libérales conviennent mieux aux systèmes institutionnels et aux couches sociales qui exercent un rôle dirigeant. Aujourd'hui comme hier, selon JPW, il n'y a de socialisation religieuse qu'orthodoxe et d'agir évangélisateur que partisan. Dès lors ce sont les groupements religieux qui offrent des réponses orthodoxes (parfois d'une façon libérale) qui semblent avoir les meilleurs atouts sociaux... d'autant que le pluralisme favorise l'émergence de discours de certitude, d'extrêmismes et de quêtes identitaires.

Mais le défi des sociétés modernes est celui du pluralisme, de la crise du sens et de l'indifférentisme. La crise du modèle libéral de production du sens ne laisse pas indifférent JPW dans la mesure où elle concerne la société civile (et l'Etat) qui ont besoin des institutions religieuses comme lieu spécialisé dans l'animation du débat social. Ce qui met selon JPW les institutions

religieuses au défi d'inventer un mode d'existence conciliant pluralisme et unité du témoignage. Et par conséquent devant le redoutable choix stratégique de sacrifier le pluralisme à l'institution ou l'institution au pluralisme.

Claude Bovay, Institut d'Ethique Sociale, Lausanne